

2005–2015 Das janusköpfige Dezennium

KLAUS POIER



• Am 18. März 2006 wird Hermann Schützenhöfer zum neuen Landesparteiobmann der Steirischen Volkspartei gewählt.



Die vielleicht wesentlichste Frage ist, wie nachhaltig ein derartiger Politikwechsel – im Stil und in den Inhalten – sowohl bei den Wählerinnen und Wählern, wie auch innerhalb der politischen Parteien wirkt bzw. nachwirkt.

KLAUS POIER

Die steirische Politik der Jahre 2005 bis 2015 zeigte uns zwei Gesichter. Der erste Teil dieser Periode bis zur Landtagswahl 2010 war geprägt von einem hart geführten, polarisierten Kampf um die Führungsrolle in der Steiermark. Die SPÖ hatte bei der Landtagswahl 2005 erstmals in der Zweiten Republik den ersten Platz errungen und stellte mit Franz Voves nach 60 Jahren wieder – 1945 hatte es ja mit Reinhard Machold bereits kurzzeitig einen sozialdemokratischen Regierungschef gegeben – den Landeshauptmann. Die Steirische Volkspartei wurde mit der Wahlniederlage 2005 hingegen in eine schwere (Identitäts-)Krise gestürzt. Nach einer sechs Jahrzehnte dauernden Dominanz fand man sich plötzlich in der Nummer zwei-Position wieder und rang mühsam um eine Neuausrichtung des Auftretens, der Ansprüche und der politischen Strategie. Der zweite Teil der Periode – nach der Landtagswahl 2010, bei der die SPÖ knapp, aber doch Platz eins verteidigen konnte – war hingegen von einer völligen Neuorientierung der beiden Großparteien geprägt. Mit dem ausgelobten Anspruch „Reformpartnerschaft Steiermark“¹ startete man eine neue Politik des Miteinanders, die sich im Stil fundamental von jener der Jahre zuvor unterschied, aber auch inhaltlich weit über die Grenzen hinaus aufsehenerregende Reformen einleitete und umsetzte.

Die Landtagswahl 2005 und ihre Folgen

In Prozenten und Mandaten blieb die Steirische Volkspartei bei der Landtagswahl 2005 zwar über dem Ergebnis von 1995 (2005: 38,66 %,

24 Mandate; 1995: 36,25 %, 21 Mandate), allerdings ging Platz eins deutlich an die SPÖ (41,67 % und 25 Mandate) verloren. Gegenüber der Wahl 2000 bedeutete dies für die Volkspartei ein Minus von 8,63 Prozentpunkten, was auch insofern besonders auffällig war, als auch die FPÖ (4,56 %) 7,85 Prozentpunkte verlor und das erstmals kandidierende BZÖ lediglich 1,72 % erzielen konnte – und damit im Übrigen erstmals seit 1949 keine Partei des sogenannten dritten Lagers im Landtag vertreten war. Auch die Grünen verloren, wenn auch geringfügig (4,73 %, 3 Mandate). Die Wahl zeigte hingegen einen Sog zur Sozialdemokratie, die über 75.000 Stimmen und 9,35 Prozentpunkte dazugewann. Schon bei der Gemeinderatswahl im März 2005 (alle steirischen Gemeinden außer Graz) hatte die SPÖ über vier Prozentpunkte zugelegt und war nur minimal (ÖVP: 43,35 %, SPÖ: 43,33 %) hinter der ÖVP geblieben. Wahlgewinner bei der Landtagswahl war auch die KPÖ, die mit 6,34 % (4 Mandate) – ihrem besten Ergebnis in der gesamten Zweiten Republik – erstmals seit 1965 wieder in den Landtag einzog und dabei in Graz auch in tief bürgerlichen Bezirken erstaunliche Erfolge erzielen konnte. Die Liste des ehemaligen ÖVP-Landesrates Gerhard Hirschmann blieb hingegen mit 2,05 % abgeschlagen und weit von einem Einzug in den Landtag entfernt.

Angesichts dieses Wahlergebnisses war auch die Frage, wer nächster Landeshauptmann wird, entschieden. Hatte es im Vorfeld der Wahl noch Spekulationen gegeben, die ÖVP könnte selbst bei einer Wahlniederlage mithilfe der Liste Hirschmann und des BZÖ bzw. allenfalls auch der FPÖ zumindest den Landeshauptmann „retten“, gab



- *Das Team Ende 2005. Von links: LR Seitingner, LR Edlinger-Ploder, LHStv. Schützenhöfer, LTPräs. Beutl, LR Buchmann, KO Drexler.*



- *Präsentation des neuen Landesgeschäftsführers Bernhard Rinner Anfang 2007. Rinner initiiert die Diskussionsreihe „Dienstalk“.*

es nun selbst rechnerisch keinerlei derartige Denkvarianten. Zudem hatte die SPÖ mit fünf Sitzen die absolute Mehrheit in der Landesregierung erobert, in der nun nur mehr SPÖ und ÖVP (vier Sitze) vertreten waren. Der Wahlsieger Franz Voves wurde am 25. Oktober 2005 – auch mit der überwiegenden Zahl der ÖVP-Stimmen im Landtag – zum neuen Landeshauptmann gewählt.²

Innerhalb der Steirischen Volkspartei war es schon im Vorfeld zu personellen Weichenstellungen gekommen. Zum neuen Landesparteiobmann und Ersten Landeshauptmann-Stellvertreter wurde Hermann Schützenhöfer designiert, der insbesondere als jene Integrationspersönlichkeit angesehen wurde, die in der nach der Wahl-

niederlage drohenden existenziellen Krise die Partei am ehesten zusammenhalten und sich auftuende Brüche kitten könne. Als weitere Landesräte wurden wie bisher Kristina Edlinger-Ploder und Johann Seitingner sowie neu Christian Buchmann vereinbart; Christopher Drexler blieb Klubobmann. Mit der Wahl-niederlage ging für die ÖVP auch der Vorsitz im Steiermärkischen Landtag verloren; sie stellte nunmehr mit Walburga Beutl lediglich die Zweite Präsidentin. Neuer Geschäftsführer der Steirischen Volkspartei wurde NR-Abgeordneter Hannes Missethon, der bereits nach einem Jahr als – allerdings glückloser – ÖVP-Generalsekretär nach Wien wechselte und von Bernhard Rinner abgelöst wurde.

Waltraud Klasnic übergab 2006 offiziell den Parteivorsitz der Steirischen Volkspartei an Hermann Schützenhöfer und zog sich in weiterer Folge gänzlich aus der steirischen Politik zurück. Ihren Arbeitsschwerpunkt nach Wien und Brüssel verlagernd blieb sie allerdings weiter in öffentlichen Aufgaben präsent, so unter anderem als Vorsitzende des Kuratoriums des Zukunftsfonds der Republik Österreich, als Präsidentin des Dachverbandes Hospiz Österreich, als Mitglied im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, als Vorsitzende des ÖVP-Ethikrates und als Leiterin der Unabhängigen Opferschutzanwaltschaft und -kommission der Katholischen Kirche.

SPÖ und ÖVP einigten sich vor der Wahl der Landesregierung 2005 auf ein Arbeitsabkommen für die Legislaturperiode. Freilich waren aber von Anfang an für beide Parteien parteistrategische Überlegungen von zentraler Bedeutung.



- *Sinnbild für die Konfrontationsjahre zwischen ÖVP und SPÖ: das Ringen um den Landeshauptmannsessel zwischen Schützenhöfer und Voves.*



- *Start der Reformarbeit 2007 in der Helmut-List-Halle. Von links: Sophie Karmasin, Hermann Schützenhöfer, Isolde Charim und Rudolf Burger.*

Der alte Grundsatz „Nach der Wahl ist vor der Wahl“ galt in einem ganz besonderen Sinne – der Wahlkampf für die Landtagswahl 2010 war bereits 2005 eröffnet. Die SPÖ versuchte, die neue Nummer eins-Position zu nutzen und – nicht zuletzt mit entsprechenden „Regierungszuckerln“ – einen „Landeshauptmann-Bonus“ für die nächste Wahl aufzubauen. Die ÖVP hingegen versuchte alles, um genau einen solchen zu verhindern. So war es für sie folgerichtig, trotz des Arbeitsübereinkommens und der gemeinsam geführten Proportional-Landesregierung markante Oppositionspolitik zu betreiben, die zum Teil ebenso in populistische Forderungen mündete. Die angesichts der ohnedies knappen öffentlichen Haushalte erforderliche Budgetdisziplin wurde derart von zwei Flanken in die Mangel genommen, was den sich dann 2010 ergebenden Konsolidierungsbedarf noch weiter ansteigen ließ.

Bundesebene: Rückkehr zur österreichischen „Normalität“?

Auf Bundesebene hatten sich innerhalb der FPÖ die innerparteilichen Zerwürfnisse auch nach der neuerlichen Bildung einer Regierungskoalition aus ÖVP und SPÖ Anfang 2003 bald fortgesetzt. Nicht zuletzt um einer drohenden Entmachtung zuvorzukommen, gründete Jörg Haider im April 2005 das Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ), das sich zur Regierungszusammenarbeit mit der ÖVP bekannte und von den deutschnational ausgerichteten Funktionären der FPÖ abgrenzen wollte. Der Plan Haiders, derart flächendeckend eine überwiegend pragmatisch-denkende Mehrheit



- *Geschichte und Gegenwart auf einem Bild vereint: Friedrich Niederl, Josef Krainer, Waltraud Klasnic und Hermann Schützenhöfer.*

aus der FPÖ herauslösen und lediglich einen harten kleinen Restkern hinter sich lassen zu können, ging außerhalb von Kärnten im Wesentlichen allerdings nicht auf. Bei der Nationalratswahl 2006 schaffte man mit 4,11 % (7 Mandate) nur knapp den Einzug ins Parlament, während die FPÖ auf 11,04 % (21 Mandate) zulegen konnte.

Mit der Nationalratswahl 2006 verlor die ÖVP auch wieder den 2002 errungenen ersten Platz und in weiterer Folge auch den Bundeskanzler. Dabei waren die Vorzeichen für Bundeskanzler Wolfgang Schüssel und seinen steirischen Wahlkampfleiter ÖVP-Generalsekretär Reinhold Lopatka durchaus nicht schlecht gestanden. Die Wirtschaftsdaten waren erfreulich und fanden auch international – in Deutschland etwa unter dem Motto: „Österreich das bessere Deutschland“³ – enorme Beachtung. Die SPÖ war durch den ÖGB- bzw. BAWAG-Skandal unter Druck geraten. Zudem hatten das Gedenkjahr 2005 sowie die EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2006 eine Fülle an (Re-)Präsentationsgelegenheiten geboten. Der wohl nicht zuletzt angesichts der internationalen Anerkennung als Wohlfühl-Kampagne ausgerichtete Wahlkampf traf allerdings nicht die Stimmung der Bevölkerung. Die ÖVP verlor fast acht Prozentpunkte und blieb mit 34,33 % (66 Mandate) hinter der SPÖ, die trotz leichten Verlusten 35,34 % (68 Mandate) erreichte. Die Grünen legten leicht auf 11,05 % (21 Mandate) zu.

In Mandaten ging sich in weiterer Folge keine Zweiparteienkoalition jenseits der Großen Koalition aus; eine Dreiparteienkoalition einer der bei-

den Großparteien war schon aufgrund der Zerstrittenheit der drei kleinen Parteien ausgeschlossen. So begann im Jänner 2007 zum dritten Mal in der Zweiten Republik eine Periode Großer Koalitionen. Neuer Bundeskanzler wurde der Sozialdemokrat Alfred Gusenbauer, Wilhelm Molterer von Seiten der ÖVP Vizekanzler; dem Kabinett gehörten seitens der Steirischen Volkspartei Martin Bartenstein als Wirtschaftsminister und Reinhold Lopatka als Sportstaatssekretär an. Diese Regierung sollte allerdings nicht einmal zwei Jahre überdauern. Kritisch ist ihr insbesondere vorzuhalten, dass diese Große Koalition – vorerst bis heute das letzte Mal – mit einer Zweidrittelmehrheit ausgestattet war, diese Verfassungsmehrheit jedoch zu keinerlei tiefgreifenden Reformen nutzen konnte. So lagen ihr vor allem eine Fülle von Reformideen aus dem „Österreich-Konvent“ vor, der auf Initiative des steirischen Bundesratspräsidenten Herwig Hösele 2003 eingesetzt worden war und sich 19 Monate lang mit einer umfassenden Staats-, Verfassungs- und Verwaltungsreform beschäftigt hatte. 2005, zum Abschluss des Konvents, war eine Umsetzung der vorbereiteten Reformen aus politischen Gründen angesichts der herannahenden Nationalratswahl nicht möglich gewesen, nunmehr hätten derartige Reformen aber Kernstück der neuen Großen Koalition werden können. Außer zu – juristisch nicht unwichtigen, aber inhaltlich zu wenig weit gehenden – technischen Verfassungsbereinigungen, der Einführung von Briefwahl und Wahlalter 16 sowie der – umstrittenen – Verlängerung der Legislaturperiode von vier auf fünf Jahre reichte die Konsensfähigkeit und -willigkeit der neuen Regierung jedoch nicht.⁴ Auf ÖVP-Seite überwog der Ärger über die als „Betriebsunfall“ angesehene Niederlage 2006 und die Hoffnung auf eine neuerliche Wende bei vorgezogenen Wahlen; die SPÖ war hingegen immer stärker innerparteilichen Konflikten – insbesondere auch um den von Gusenbauer zurückgedrängten Einfluss der Gewerkschaften – ausgesetzt. Nach zunehmend europakritischen Tönen aus der SPÖ, neuerlichen Konflikten über die Budgetpolitik und angesichts der bevorstehenden Ablöse Gusenbauers durch Werner Faymann an der SPÖ-Spitze kündigte Molterer im Juli 2008 die Koalition auf.

Die Nationalratswahl im September 2008 brachte beiden Großparteien dramatische Verluste und die bis dahin schlechtesten Ergebnisse in der Zweiten Republik. Die SPÖ konnte allerdings mit einem Minus von etwas mehr als sechs Prozentpunkten und 29,26 % (57 Mandate) den Abstand zur ÖVP, die mehr als acht Prozentpunkte verlor und lediglich 25,98 % (51 Mandate) erreichte, ausbauen. Wahlsieger waren das BZÖ (10,70 %, 21 Mandate) und die FPÖ (17,54 %, 34 Mandate), die jeweils mehr als sechs Prozentpunkte zulegen konnten. Die Grünen verloren leicht und rutschten mit 10,43 % (20 Mandate) auf den fünften Platz zurück. Rund um die Nationalratswahl 2008 kam es auch zum größten gleichzeitigen Wechsel im politischen Führungspersonal in der Zweiten Republik⁵: In der SPÖ löste Werner Faymann Alfred Gusenbauer ab; in der ÖVP folgte Josef Pröll auf Wilhelm Molterer; und bei den Grünen übernahm Eva Glawischnig die Parteiführung von Alexander Van der Bellen. Am spektakulärsten waren die Vorgänge beim BZÖ: Vor der Wahl übernahm Jörg Haider die Parteispitze von Peter Westenthaler; weniger als zwei Wochen nach der Wahl verunglückte der Kärntner Landeshauptmann bei einem Verkehrsunfall tödlich. Sein Andenken und Erbe in Kärnten führten kurzfristig zu einem Triumphzug des BZÖ (Kärntner Landtags- und Gemeinderatswahlen 2009), in weiterer Folge kamen jedoch zahlreiche Skandale und dramatische wirtschaftliche Probleme zutage, die bis heute die Gerichte beschäftigen und Kärnten (bzw. ganz Österreich) in wirtschaftlicher und politischer Sicht im Banne halten.

Im Dezember 2008 wurde – nicht zuletzt mangels Alternativen, was immer wieder die Diskussion um ein Mehrheitswahlrecht aufleben lässt⁶ – erneut eine – freilich deutlich geschrumpfte – Große Koalition mit Bundeskanzler Werner Faymann und Vizekanzler Josef Pröll als neue Spitzen gebildet, in der personell deutlich auch eine Renaissance der österreichischen Sozialpartnerschaft zu erkennen war. Aus der Steirischen Volkspartei gehörte dieser Bundesregierung vorerst lediglich Reinhold Lopatka als Staatssekretär im Finanzministerium an. 2010 – nachdem die ÖVP nicht nur Platz eins bei der Europawahl erreichten konnte, sondern mit Johannes Hahn als Nachfolgerin von Benita



• Präsentation des „weiß-grünen Wegs“ mit Drexler, Seitingner, Schützenhöfer, Edlinger-Ploder, Buchmann, Rinner.

Ferrero-Waldner auch neuerlich den österreichischen EU-Kommissar stellte – folgte Hahn die Steirerin Beatrix Karl als Wissenschaftsministerin. Im April 2011 schied Josef Pröll überraschend aus gesundheitlichen Gründen aus der Regierung aus und übergab die Führung der ÖVP an Michael Spindelegger. Im Zuge dieser Regierungsumbildung übernahm Beatrix Karl das Justizressort; Reinhold Lopatka schied hingegen vorübergehend als Staatssekretär aus, trat als solcher 2012 jedoch wieder in die Bundesregierung ein.

Die Wirtschaftskrise erreicht auch Österreich und die Steiermark

Ausgehend vom Platzen einer Immobilienblase in den USA breitete sich ab 2007 eine Finanz- und Bankenkrise aus, die sich bald zu einer bis heute andauernden Weltwirtschaftskrise, Staatsschulden- und Eurokrise ausdehnte. Österreich konnte die ersten Jahre dieser Krise relativ glimpflich überdauern, was einerseits auf die hervorragende wirtschaftliche Situation vor der Krise, andererseits aber vor allem auch auf die in der-

artigen Situationen offenkundig nach wie vor gut funktionierenden sozialpartnerschaftlichen Mechanismen zurückgeführt werden kann. Die von den Sozialpartnern und der Großen Koalition vereinbarten und umgesetzten Maßnahmen – wie z.B. der forcierte Einsatz von Kurzarbeit und Bildungskarenz – brachten etwa eine im Vergleich zu anderen Ländern lange Zeit deutlich niedrigere Arbeitslosigkeit.⁷

Mit Andauern der Krise verschlechterten sich allerdings auch in Österreich die Kennzahlen und in letzter Zeit wird dabei vor allem auch beklagt, dass mit dem kontinuierlichen Aufschieben nachhaltiger Reformen auf Bundesebene der Vorsprung, den Österreich im internationalen Vergleich noch vor zehn Jahren hatte, verspielt wurde. Besonders im Vergleich zu Deutschland hinkt Österreich zunehmend in der Standortattraktivität, Wettbewerbsfähigkeit, aber auch bei Inflationsrate und Reallohnzuwächsen hinten nach. Als budget- und wirtschaftspolitisch besonders brisant stellte sich zuletzt auch die Causa der Kärntner Bank „Hypo Alpe-Adria“ dar, die unter Jörg Haider an die Bayerische Landesbank verkauft und nach Turbulenzen im Zuge der



- *Schladming erhält den Zuschlag zur Ski-WM 2013: Jubel bei Hermann Schützenhöfer, Hans Knaub und vielen Schladmingern.*

Wirtschaftskrise 2009 von der Republik Österreich verstaatlicht wurde. Mit den Vorgängen um diese Bank beschäftigte sich 2014 eine von der aus der Steiermark stammenden früheren OGH-Präsidentin Irmgard Griss geleitete unabhängige Untersuchungskommission⁸ und seit 2015 ein im Parlament eingesetzter Untersuchungsausschuss.

Die wirtschaftliche Entwicklung in der Steiermark wies in der Periode 2005 bis 2015 durchaus Parallelen zur Entwicklung auf Bundesebene auf. So waren auch in der Steiermark die Wirtschaftsdaten lange Zeit hervorragend und verdüsterten sich zunehmend mit der Wirtschaftskrise. Gerade auch die steirische Zulieferungsindustrie im „Autocluster“ bekam die Folgen der Wirtschaftskrise zu spüren. Weltweit war in wirtschaftlicher Sicht in den Jahren 2005 bis 2015 das weitere Voranschreiten der Umwälzungen durch die elektronische Revolution besonders augenfällig, wobei in der Steiermark durchaus nennenswerte Erfolge in den einschlägigen Technologie- bzw. Industriezweigen zu verzeichnen sind. Besonders positiv ist, dass die Steiermark ihre europaweite Topplatzierung hinsichtlich der Forschungsquote behalten konnte, die insbesondere in einer hohen Dichte an Universitäten und Fachhochschulen, aber auch in der guten Zusammenarbeit zwischen den universitären und anderen öffentlichen Forschungseinrichtungen (insbesondere

Joanneum Research) sowie der Wirtschaft ihre Basis hat. Die Steiermark setzte auch ihren Höhenflug als Tourismusland fort, mit der oststeirischen Thermenregion als erfolgreichen „Aufsteiger“, aber auch mit nach „Graz – Kulturhauptstadt Europas 2003“ neuen Großprojekten wie insbesondere der Alpinen Ski-WM in Schladming 2013 und der neuerlichen Austragung von Formel 1-Rennen (bzw. anderen publikumswirksamen Events) am neuen Red Bull-Ring in Spielberg seit 2014.

Katholische Kirche: Wechsel in der Führung

Im Zeitraum 2005 bis 2015 standen der Katholischen Kirche drei Päpste vor. 2005 verstarb der fast drei Jahrzehnte amtierende, aus Polen stammende Papst Johannes Paul II. nach langer Krankheit. Zu seinem Nachfolger wurde der deutsche Kurienkardinal Josef Ratzinger (Benedikt XVI.) gewählt. Von Alter und Konflikten innerhalb der Kurie zunehmend gezeichnet, erklärte Benedikt XVI. im Februar 2013 völlig überraschend seinen Rücktritt. Neuer Papst Franziskus wurde in weiterer Folge der argentinische Kardinal Jorge Mario Bergoglio.

In der Steiermark reichte Bischof Egon Kapellari im Jänner 2011 vorschriftsgemäß anlässlich seines 75. Geburtstages seinen Rücktritt ein, wurde

jedoch vom Papst für zwei Jahre verlängert. Aber auch danach verzögerte sich die Bestellung eines neuen Diözesanbischofs um mehr als zwei Jahre. Dies auch dadurch bedingt, dass der langzeitige Favorit, der steirische Weihbischof Franz Lackner, 2013 neuer Erzbischof von Salzburg wurde. Nachdem Bischof Kapellari im Jänner 2015 von sich aus von seinem Amt endgültig zurücktrat, wurde am 16. April 2015 Wilhelm Krautwaschl, bisheriger Regens des Bischöflichen Seminars Augustinum in Graz, zum neuen Diözesanbischof ernannt.

Politische Entwicklung in Graz

Bei der Gemeinderatswahl 2008 in Graz konnte die ÖVP unter Bürgermeister Siegfried Nagl die Nummer eins-Position deutlich ausbauen. Während die ÖVP um mehr als zwei Prozentpunkte auf 38,37 % (23 Mandate) zulegen konnte, verlor die SPÖ etwas mehr als sechs Prozentpunkte und rutschte mit 19,74 % (11 Mandate) erstmals in der Zweiten Republik in Graz unter die 20 %-Schwelle. Den dritten Platz eroberten mit 14,56 % (8 Mandate) die Grünen (ein Plus von

mehr als 6 Prozentpunkten), während die KPÖ auf 11,18 % (6 Mandate) fast halbiert wurde. Die FPÖ legte leicht auf 10,85 % (6 Mandate) zu, das BZÖ erreichte 4,31 % (2 Mandate). In weiterer Folge bildete Bürgermeister Nagl mit den Grünen unter Vizebürgermeisterin Lisa Rucker eine schwarz-grüne Koalition.

Diese Koalition schien sich anfangs, insbesondere auch in gesellschaftspolitischen Fragen, immer besser „zusammenzurufen“ und zu einem Modellbeispiel für eine bürgerlich-grüne Stadtführung zu werden. Mit der Zeit wurden die Konflikte, vor allem in Fragen der Verkehrs-, Umwelt- und Stadtentwicklungspolitik, jedoch immer spürbarer. Im Mai 2012 kündigte Bürgermeister Nagl schließlich die Koalition auf. Bei der folgenden Gemeinderatswahl im Dezember 2012 verlor die ÖVP zwar über vier Prozentpunkte, landete jedoch mit 33,74 % (17 Mandate) wiederum klar auf Platz eins. Neue Nummer zwei wurde die KPÖ mit 19,86 % (10 Mandate), während die SPÖ über vier Prozentpunkte verlor und bei nur mehr 15,31 % (7 Mandate) landete. Die FPÖ legte auf 13,75 % (7 Mandate) zu, die Grünen verloren zwei Prozentpunkte und kamen mit 12,14 % (6 Mandate) nur auf Platz fünf. Während das BZÖ nicht mehr im Gemeinderat vertreten ist, konnten die Piraten einen Sitz im Gemeinderat erobern. In weiterer Folge kam es zu keiner Koalitionsbildung, jedoch zu einer Einigung zwischen ÖVP, SPÖ und FPÖ über Eckpunkte einer Zusammenarbeit. Diese war allerdings bald von Instabilität geprägt. So verweigerte die FPÖ 2014 ihre Zustimmung zum Budget 2015/16, das schließlich nur aufgrund der Zustimmung der KPÖ beschlossen werden konnte.



- Wahlplakat von Bürgermeister Siegfried Nagl zur Grazer Gemeinderatswahl 2008.
- Nagl gewinnt 2008 erneut die Grazer Gemeinderatswahl. Wahlfeier in der VP-Parteizentrale.

Landtagswahl 2010

Ein Wechsel in der Rolle, wer den Landeshauptmann stellt, von einer Partei zur anderen war in der Geschichte der Zweiten Republik in Österreich schon ein seltenes Ereignis; aber es galt als nahezu aussichtsloses Unterfangen, einen einmal erfolgten Wechsel (rasch) wieder umzudrehen – erst 2014 mit den Machtwechseln in Salzburg und Kärnten sollte sich diese „Gesetzlichkeit“ relativieren. So wurden der Steirischen Volkspartei für die Landtagswahl 2010 grund-



- „Entschlossen handeln!“ war das Motto des Landesparteitages der Volkspartei 2009.



- Das Führungsteam der Steirischen Volkspartei im Rahmen der Landtagswahlbewegung 2010.

sätzlich nur wenige Chancen gegen die SPÖ mit Landeshauptmann Voves eingeräumt. Die Steirische Volkspartei richtete ihre Politik dennoch strategisch darauf aus, 2010 den Kampf um die Platz eins-Position zu führen. Dazu gehörte – wie schon eingangs ausgeführt – eine Angriffspolitik, um den Aufbau eines Landeshauptmannbonus zu verhindern, gleichzeitig beteiligte man sich in durchaus als populistisch zu bezeichnender Manier daran, durch Bedienen des budgetären Füllhorns – das in Wahrheit keineswegs so voll war – die Bevölkerung bei Laune zu halten. Gleichzeitig versuchte man aber auch, die alte Substanz als staatstragende, führende Partei zu bewahren, wozu in der Tradition der Steirischen Volkspartei vor allem auch der intellektuelle, innovationsoffene Diskurs zählte. So hielt man etwa trotz eines engeren finanziellen Korsetts eine breite politische Bildungsarbeit aufrecht – etwa in Form der Veranstaltungs- und Publikationsplattform „Modell Zukunft Steiermark“ sowie der Er-

möglichung der Herausgabe des Steirischen Jahrbuchs für Politik und der Diskurszeitschrift „politicum“ – bzw. erweiterte diese sogar etwa durch die neue Veranstaltungsreihe „DiensTalk“. Im ersten Halbjahr 2010 waren die politischen Rahmenbedingungen für die Steirische Volkspartei auch gar nicht so schlecht. So war die SPÖ in der Steiermark 2009 durch eine „Stiftungsaffäre“ in Bedrängnis geraten, was auch zu einer Umbildung der SP-Regierungsmannschaft führte. Die erfolgreiche Gemeinderatswahl 2008 in Graz und die Ergebnisse der Gemeinderatswahlen in den übrigen Gemeinden der Steiermark im März 2010 gaben der Steirischen Volkspartei ebenso Rückenwind. Bei letzteren konnte sie nämlich vom de facto-Gleichstand mit der SPÖ 2005 ausgehend landesweit einen Vorsprung von fast neun Prozentpunkten erzielen. Die Volkspartei legte um mehr als drei Prozentpunkte auf 46,72 % zu, die SPÖ verlor mehr als fünf Prozentpunkte und erzielte mit 37,73 % ihr bis dahin schlechtestes Gemeindeergebnis in der Zweiten Republik. Die übrigen Parteien stagnierten. Auch aus der Bundespolitik war seit 2008 mit dem neuen ÖVP-Obmann Josef Pröll, der auch einen programmatischen „Perspektiven“-Prozess einleitete, ein frischer Rückenwind zu verspüren. Dieser Rückenwind flaute allerdings ab der Wiederwahl Heinz Fischers zum Bundespräsidenten im April 2010 – die ÖVP hatte keinen eigenen Kandidaten aufgestellt – deutlich ab. Bei der Landtagswahl im September 2010 gelang es der Steirischen Volkspartei dann zwar tatsächlich den Rückstand auf die SPÖ von drei auf einen Prozentpunkt zu reduzieren, blieb da-



- Die Spitzenkandidaten der Parteien bei der Landtagswahl 2010. Von links: Gross, Kogler, Schützenhöfer, Voves, Kurzmann, Klimt-Weithaler.



- Die neue „Reformpartnerschaft“ zwischen ÖVP und SPÖ im Jahr 2012 bei der Präsentation des Doppelbudgets 2013/14.

mit allerdings nicht zuletzt aufgrund eines unterdurchschnittlichen Ergebnisses in Graz dennoch auf Platz zwei. Die SPÖ verlor drei Prozentpunkte und kam auf 38,26 % (23 Mandate), die ÖVP verlor einen Prozentpunkt und erzielte 37,19 % (22 Mandate). Gewinner war die FPÖ, die sich mehr als verdoppelte und 10,66 % (6 Mandate) erreichte. Nur leicht zulegen konnten die Grünen auf 5,55 % (3 Mandate); die KPÖ verlor fast zwei Prozentpunkte, blieb jedoch mit 4,41 % (2 Mandate) erneut im Landtag. Das BZÖ verpasste mit 2,98 % hingegen den Einzug. In der Landesregierung verlor die SPÖ einen Sitz an die FPÖ; die neue Verteilung lautete vier Sitze SPÖ, vier Sitze ÖVP und ein Sitz FPÖ.

„Reformpartnerschaft Steiermark“

Der Kontrast zwischen der steirischen Landespolitik nach und vor der Landtagswahl 2010 könnte – wie schon eingangs dargelegt – wohl nicht größer sein. Nach der Wahl fanden die sich bis dahin vehement bekämpfenden Großparteien einen gemeinsamen Weg, den sie selbst von Beginn an als „Reformpartnerschaft“ bezeichneten. Die signifikante Wende ortet Hermann Schützenhöfer schon im allerersten Gespräch mit Franz Voves nach der Landtagswahl: „Ich habe beim Handschlag, und zwar beim Kommen und nicht beim Gehen, gespürt, da ist die Bereitschaft vorhanden, es gemeinsam zu versuchen [...]“⁴⁹ Die Bereitschaft war vor allem bei beiden Männern vorhanden und es ist wohl das historische Verdienst der beiden, diese Bereitschaft auch in

ihren Parteien, im innersten Führungskreis, aber weit in die Funktionärsriegen bis zur Basis hinab, erfolgreich weitergetragen zu haben.

Wesentliches Merkmal dieser „Reformpartnerschaft“ waren zwei Aspekte: Zum einen war es eine Politik neuen Stils. SPÖ und ÖVP vereinbarten und lebten nunmehr auch tatsächlich eine Politik des Miteinanders. Es wurde durchaus auch gestritten, wie immer betont wird, aber hinter den Kulissen. Nach außen wurde gemeinsam aufgetreten und Vereinbartes gemeinsam getragen. Damit zeigte sich ein völlig neues Bild einer Großen Koalition, das sich nicht nur von der politischen Kultur der Jahre 2005 bis 2010 deutlich abhob, sondern besonders auch vom gespannten Verhältnis zwischen den beiden Großparteien auf Bundesebene bzw. auch in den meisten anderen Bundesländern. Der zweite Aspekt der Reformpartnerschaft war freilich die inhaltliche Reformorientierung, die einerseits eine nachhaltige Konsolidierung des aus den Rudern gelaufe-



- Zwei Politiker mit Handschlagqualität definieren einen neuen politischen Stil: Hermann Schützenhöfer und Franz Voves.



- Die Gemeindestrukturereform ist ein Herzstück der Reformpartnerschaft. Gemeinsame Präsentation bei einer Bürgermeisterkonferenz 2014.

nen Budgets, andererseits tiefgreifende Struktur-reformen auf Verfassungsebene, im Amt der Landesregierung, auf Bezirks- und Gemeindeebene beinhaltete.

Beim Landesbudget klaffte zu Beginn der neuen Legislaturperiode eine strukturelle Lücke von 800 Millionen Euro bei einem Gesamtbudget von fünf Milliarden Euro. Ziel war es, durch Struktur-reformen diese Lücke zu schließen, was einerseits angesichts der sich durch die Folgen der Wirtschaftskrise nur zögerlich entwickelnden Konjunktur, andererseits vor dem Hintergrund der Prognose insbesondere im Sozialbereich noch weiter explodierender Ausgaben von vornherein eine immense Herausforderung war. Das Ziel konnte bis zum Ende der Legislaturperiode auch nicht zur Gänze erreicht werden, auch da größere Einsparungen durch Struktur-reformen in der Regel erst in späteren Jahren lukriert werden können. Aufgrund konsequenter Budgetdisziplin konnte mit dem Landesbudget 2015 aber erstmals wieder ein ausgeglichenes Budget ohne Neuverschuldung vorgelegt werden.¹⁰

Um mit gutem Beispiel voranzugehen, vereinbarte die Reformpartnerschaft auch Einsparungen im politischen Bereich selbst. So wurden der Landtag von 56 auf 48 Mitglieder, die Landesregierung von neun auf sechs bis acht Sitze, der Grazer Gemeinderat von 56 auf 48 Mitglieder und der Grazer Stadtsenat von neun auf sieben Sitze reduziert. Im Zuge der Verfassungsreform wurde auch – wie zuvor schon in Tirol und Salzburg sowie in jüngster Zeit auch in Kärnten und im Burgenland, nicht jedoch in den beiden anderen großen Bundesländern Ober- und Nieder-



- Umbildung der VP-Spitze 2014: Christopher Drexler wird Landesrat, Barbara Eibinger Klubobfrau.

österreich – das „Proporzsystem“ abgeschafft und für die Wahl der Landesregierung ab der nächsten Wahl das Mehrheitsprinzip verankert. Diesen Wechsel hatte die Steirische Volkspartei im Übrigen, so lange sie stärkste Partei war, seit Jahrzehnten gefordert, während die SPÖ sich dagegen gewehrt hatte. In den Jahren 2005 bis 2010 war es dann umgekehrt: Die SPÖ forderte den Systemwechsel und die Steirische Volkspartei sah sich als zweite Partei von einem Ausschluss aus der Regierung bedroht und verweigerte die Zustimmung – als Ausweg aus der verfahrenen Verfassungsdiskussion wurde der Bundesebene folgend kurzzeitig sogar die Einsetzung eines „Steiermark-Konvents“ vereinbart, wozu es dann allerdings doch nicht gekommen ist. Nach der Landtagswahl 2010 fand die Steirische Volkspartei auch beim Proporz-Thema zu ihrer jahrzehntelangen Reformagenda zurück.

Auch im Amt der Steiermärkischen Landesregierung kam es zu einer nachhaltigen Struktur-reform, durch die die Anzahl an Abteilungen und damit auch Führungspositionen in etwa halbiert wurden.¹¹ Weit über die Grenzen hinaus erregten vor allem aber die Bezirks- und Gemeindestrukture-reformen Aufsehen. Auf Bezirksebene kam es zur Zusammenlegung von acht bisherigen zu vier neuen Bezirken: Judenburg und Knittelfeld fusionierten zum Bezirk Murtal, Bruck an der Mur und Mürzzuschlag zum Bezirk Bruck-Mürzzuschlag, Feldbach und Radkersburg zum Bezirk Südoststeiermark sowie Fürstenfeld und Hartberg zum Bezirk Hartberg-Fürstenfeld. Damit wurden die Verwaltungseinheiten auf Bezirksebene einschließlich der politischen Exposituren¹² und der

Statutarstadt Graz von vorher 19 auf nunmehr 14 um mehr als ein Viertel reduziert. Noch deutlicher fiel die Strukturreform auf Gemeindeebene aus.¹³ Ausgangspunkt war die im Vergleich kleinteiligste Gemeindestruktur Österreichs mit zu Beginn der Legislaturperiode 542 Gemeinden, darunter 77 Gemeinden unter 500 Einwohner und 200 Gemeinden unter 1.000 Einwohner, wobei vor allem auch eine große Zahl an Gemeinden in den letzten Jahrzehnten zu Abwanderungs- und Abgangsgemeinden geworden war. In einem mehrjährigen Prozess, in den auch die betroffenen Gemeinden eingebunden wurden, erarbeiten die Reformpartner mit dem Ziel, nachhaltig effektive und moderne Gemeindeeinheiten zu schaffen, eine gänzlich neue Gemeindestruktur. 306 der betroffenen 385 Gemeinden haben die vorgeschlagenen Änderungen dann auch freiwillig vollzogen, bei den restlichen 79 Gemeinden wurden die Änderungen gesetzlich verfügt. Einige Gemeinden versuchten dagegen mit Beschwerde beim Verfassungsgerichtshof vorzugehen, der jedoch alle Beschwerden als unzulässig zurück- bzw. als unbegründet abwies.¹⁴ Seit 1. Jänner 2015 ist nun die neue Gemeindestruktur in Kraft

mit nunmehr 287 statt – wie noch 2010 – 542 Gemeinden und einer durchschnittlichen Einwohnerzahl von 3.293 Einwohnern (2010: 1.747). Nur mehr zwei Gemeinden haben weniger als 500 Einwohner, 16 weniger als 1.000 Einwohner; demgegenüber stieg die Zahl der Gemeinden über 10.000 Einwohner von fünf auf 15. Personell blieb das Führungsteam der Steirischen Volkspartei zu Beginn der Legislaturperiode unverändert. Als Erster Landeshauptmann-Stellvertreter und Landesparteiobmann fungierte weiter Hermann Schützenhöfer, dem man die innere Erleichterung über die neue strategische Ausrichtung der Steirischen Volkspartei spürbar anmerkte. Als Sozialreformer auf Basis der katholischen Soziallehre und Sozialpartner war Schützenhöfer zeit seines politischen Wirkens auf die Gestaltung der Gesellschaft ausgerichtet. Aus taktischen Gründen eine überwiegend destruktive und angriffige Oppositionspolitik zu betreiben, wie ihm in den Jahren 2005 bis 2010 aus parteistrategischen Gründen – angesichts des Wahlergebnisses 2010 auch durchaus erfolgreich – auferlegt war, widerstrebte ihm sowohl inhaltlich wie menschlich. Im Rahmen der



- Die 2007 ins Leben gerufene Politikdiskussionsveranstaltung „DiensTalk“ fesselt immer wieder die politisch Interessierten.

Reformpartnerschaft durch Kompromiss und in sozialpartnerschaftlicher Manier sowie vor allem auch mit dem Blick auf die nachfolgenden Generationen aktiv Politik gestalten zu können, war für ihn nun wie maßgeschneidert. Als Landesräte fungierten weiter Christian Buchmann, Johann Seitinger und Kristina Edlinger-Ploder, die im März 2014 allerdings zurücktrat und wenig später gänzlich aus der Politik ausschied. Ihr folgte als Wissenschafts- und Gesundheitslandesrat der bisherige Klubobmann Christopher Drexler nach, der in den Jahren 2005 bis 2010 als oppositionelle Speerspitze gegen Landeshauptmann Voves fungiert hatte und nach der Wahl 2010 zu einem der führenden Strategen im Innersten der Reformpartnerschaft geworden war. Neue Klubobfrau wurde Barbara Eibinger. Für das Amt des Landtagspräsidenten war zwischen den Reformpartnern eine Halbzeitlösung vereinbart; nach dieser amtierte Franz Majcen in der ersten Hälfte der Legislaturperiode als Zweiter Präsident und danach als Präsident des Steiermärkischen Landtages. Als Landesgeschäftsführer löste Anfang 2014 der Grazer Stadtrat Detlev Eisel-Eiselsberg den in das Grazer Kulturmanagement wechselnden Bernhard Rinner ab.

Die Reformpartnerschaft am Prüfstand

Die „Reformpartnerschaft Steiermark“ erfuhr insbesondere in der medialen Berichterstattung vielerlei Beachtung und Anerkennung, sowohl im Inland wie im Ausland. So lobte etwa der bekannte österreichische Politikwissenschaftler Anton Pelinka den steirischen Weg in „Die Zeit“ unter dem provokanten Schlagwort „Steirisch oder griechisch“.¹⁵ Freilich gab es auch Kritik, wobei diese – abgesehen von den Oppositionsparteien – in der Steiermark am deutlichsten von Seiten von Einrichtungen des Sozialbereichs mit Kritik an Einsparungen sowie im Zusammenhang mit der Gemeindefeststellungsreform von Bürgermeister*innen von unfreiwillig fusionierten Gemeinden, die sich als Plattform auch in einer „Gemeindeinitiative“ zusammenschlossen, zu vernehmen war. Kritisch beäugt wurde die steirische Reformpartnerschaft durchaus aber auch von Politikern der Bundesebene und anderer Bundesländer, denen

das neue Miteinander von Rot und Schwarz zum Teil unverständlich und suspekt und der Reformeifer als nicht geringe Gefahr erschien, selbst stärker unter Reformdruck zu geraten. Immer wieder wurde dabei auch thematisiert, ob ein derartiger Reformkurs mit zum Teil auch harten Maßnahmen von den Wählerinnen und Wählern überhaupt honoriert werden könne oder nicht doch nur zur nächsten Wahlniederlage führe. Besonders wurde diese Überlegung nach der Nationalratswahl 2013 angestellt. Bundesweit brachte diese Wahl erneut historische Tiefststände und weitere Verluste von etwas mehr als zwei Prozentpunkten für die SPÖ (nunmehr 26,82 % und 52 Mandate) und etwas weniger als zwei Prozentpunkten für die ÖVP (nunmehr 23,99 % und 47 Mandate), während die FPÖ um fast drei Prozentpunkte auf 20,51 % (40 Mandate) und die Grünen um etwa zwei Prozentpunkte auf 12,42 % (24 Mandate) zulegten. Das BZÖ verpasste mit 3,53 % den Einzug in den Nationalrat, in diesen zogen jedoch zwei neue Gruppierungen ein: das „Team“ des aus der Steiermark stammenden austro-kanadischen Unternehmers Frank Stronach mit 5,73 % (11 Mandate) und die vom Unternehmer Matthias Strolz gegründete liberale Gruppierung NEOS mit 4,96 % (9 Mandate). „Team Stronach“ und NEOS waren vor allem mit einem Protestprogramm gegen den in Österreich vorhandenen Reformstau angetreten und sprachen sich für neue Strukturen und fundamentale Reformen aus.

Große Diskussionen löste bei der Nationalratswahl allerdings das Faktum aus, dass in der Steiermark beide Großparteien mit einem Minus von jeweils mehr als fünf Prozentpunkten weit überdurchschnittlich verloren, während die FPÖ mit einem Plus von fast sieben Prozentpunkten zur Nummer eins in der Steiermark wurde. Außerhalb der Steiermark wurde dies in weiterer Folge vielfach mit der Politik der Reformpartnerschaft in Zusammenhang gebracht.¹⁶ Nicht übersehen werden darf dabei aber, dass Frank Stronach in der Steiermark quasi in einem „Heimspiel“ fast 10 % der Stimmen erreichte und dass das Wählerverhalten auch durchaus derart gedeutet werden kann, dass die Wählerinnen und Wähler in der Steiermark angesichts des Vorbilds der Reformpartnerschaft das zögerliche Reformtempo



- *Die Wahlbewegung zu den steirischen Gemeinderatswahlen 2015:
Die Steirische Volkspartei steht geschlossen hinter Hermann Schützenhöfer.*

auf Bundesebene besonders kritisch beurteilen.¹⁷ Erneut flammte die Diskussion 2014 auf, als bei der Europawahl die FPÖ in der Steiermark wiederum überdurchschnittlich zulegen (um fast zwölf Prozentpunkte) und nur knapp hinter der ÖVP, die auch bundesweit trotz Verlusten die Wahl auf Platz eins beendete, und noch vor der SPÖ Platz zwei erreichte.

Nach der Nationalratswahl 2013 verschärfte sich auch der Konflikt zwischen der Steirischen Volkspartei und der Bundes-ÖVP nicht zuletzt auch deshalb, da in der neuen Bundesregierung kein Steirer mehr von Seiten der ÖVP vertreten war. Allerdings wurde der bisherige Staatssekretär Reinhold Lopatka zum Klubobmann der ÖVP im Parlament gewählt. An dieser personellen Situation änderte sich auch 2014 nach dem Rücktritt

Michael Spindeleggers und der Übernahme der ÖVP-Führung durch Reinhold Mitterlehner nichts. Ein gespanntes Verhältnis zur Bundespartei, wie es im Übrigen auch auf Seiten der SPÖ bzw. bei Landeshauptmann Voves vorliegt, ist freilich in der Geschichte der Steirischen Volkspartei nichts Neues; schon oft galten die Steirer als renitente „Revoluzzer“ und „Reformer“ – in Zeiten der Reformpartnerschaft wurde man diesem Image nun in ganz deutlicher Weise erneut gerecht. Die Reformpartnerschaft stand dann auch bei der Gemeinderatswahl im März 2015 vor einer Bewährungsprobe. Die Ergebnisse der Wahlen in allen steirischen Gemeinden außer Graz zeigten allerdings geringere Auswirkungen der Gemeindestrukturreform als erwartet. Zwar konnte sich die FPÖ landesweit auf nunmehr 13,86 %

verdoppeln, allerdings trat sie diesmal in 85 % der Gemeinden an, während sie 2010 erst in 50 % der Gemeinden kandidiert hatte; mit diesem Ergebnis blieb die FPÖ im Übrigen auch weit hinter ihren steirischen Ergebnissen bei der letzten Nationalrats- bzw. Europawahl zurück. Die ÖVP, die in der überwiegenden Mehrheit der Fusionsgemeinden den Bürgermeister gestellt hatte, verlor etwas mehr als vier Prozentpunkte, allerdings von einem sehr hohen Niveau ausgehend, nämlich dem zweithöchsten Ergebnis in der Zweiten Republik, auf nunmehr 42,72 %. Sie konnte damit den Abstand zur SPÖ, die mehr als sechs Prozentpunkte auf nunmehr 31,57 % verlor, weiter ausbauen.

Die wirkliche Bewährungsprobe für die Reformpartnerschaft Steiermark wird freilich 2015 die Landtagswahl und in weiterer Folge wohl auch die kommende Regierungsbildung und Legislaturperiode bringen, nämlich insbesondere hinsichtlich der Frage, wie nachhaltig ein derartiger Politikwechsel – im Stil und in den Inhalten – sowohl bei den Wählerinnen und Wählern, wie auch innerhalb der politischen Parteien wirkt bzw. nachwirkt. Der Wahl stellen sich – trotz anderslautender Aussagen zu Beginn und über weite Teile der Legislaturperiode – die beiden Urheber der Reformpartnerschaft, Franz Voves und Hermann Schützenhöfer, die beide in ihren Parteien dazu gedrängt wurden, diese neue Politik vor den Wählern selbst zu verantworten, damit aber auch durch den Wahlkampf und darüber hinaus zu tragen. Der Tradition der Steirischen Volkspartei, die sich im Selbstverständnis seit Jahrzehnten als die Reformkraft in der Steiermark versteht, würde eine Fortsetzung der reformorientierten Gestaltungspolitik der zweiten Hälfte des janusköpfigen Dezenniums 2005 bis 2015 jedenfalls wesentlich besser entsprechen als eine Neuaufnahme des davorliegenden Intermezzos.

- 1 So lautete schon die Überschrift des Regierungsabkommens von SPÖ und ÖVP für die XVI. Gesetzgebungsperiode 2010 bis 2015 vom Oktober 2010 „Reformpartnerschaft für die Steiermark“.
- 2 Franz Voves wurde mit Stimmen der SPÖ, der KPÖ und mehrheitlich der ÖVP gewählt, während ihm die Grünen die Zustimmung versagten. Siehe dazu die Wortmeldungen der Klubobleute im Steiermärkischen Landtag an-

- lässlich der konstituierenden 1. Sitzung des Landtages am 25. Oktober 2005, Sten.Prot.LT. XV. GP., 5 ff.
- 3 So erstmals im Wochenmagazin „stern“, Ausgabe 24/2005.
- 4 Angesichts der fehlenden raschen Erfolge des Österreich-Konvents gilt dieser in der öffentlichen Meinung als „gescheitert“. 10 Jahre später ist allerdings festzustellen, dass inzwischen eine Reihe von Reformen, die ihre Grundlage in den Arbeiten des Österreich-Konvents haben, durchgeführt werden konnten. Der Österreich-Konvent war damit als mittel- und langfristig wirkender Ideen- und Konzeptlieferant weit erfolgreicher als bekannt. Siehe dazu auch Klaus Poier: Steter Tropfen höhlt den Stein. Zur Katalysatorfunktion des Österreich-Konvents, in: Brigitte Bierlein/Heinrich Neisser/Klaus Poier (Hg.): Über die Pflicht, ein Optimist zu sein. Herwig Hösele zum 60. Geburtstag. Graz 2013, 99 ff.
- 5 Vgl. schon Klaus Poier: 2008: Größter Wechsel des politischen Führungspersonals in der Zweiten Republik – Rückblick und Ausblick, in: Beatrix Karl u.a. (Hg.): Steirisches Jahrbuch für Politik 2008. Graz 2009, 37 ff.
- 6 Vgl. etwa, auf ein Symposium der „Initiative Mehrheitswahlrecht und Demokratiereform“ zurückgehend, Klaus Poier (Hg.): Demokratie im Umbruch? Perspektiven einer Wahlrechtsreform. Wien/Köln/Graz 2009.
- 7 Siehe die europäische Vergleichsstudie Marie-Cécile Escande Varniol/Sylvaine Laulom/Emmanuelle Mazuyer (Hg.): Quel droit social dans une Europe en crise? Brüssel 2012.
- 8 Vgl. Irmgard Griss: Causa Hypo – Bilanz einer Untersuchung, in: Beatrix Karl u.a. (Hg.): Steirisches Jahrbuch für Politik 2014. Wien/Köln/Weimar 2015 (in Druck).
- 9 Siehe den Beitrag: Hermann Schützenhöfer interviewt durch Erwin Zankel: „Ich spürte es beim ersten Händedruck“, in: Beatrix Karl u.a. (Hg.): Steirisches Jahrbuch für Politik 2010. Graz 2011, 123 ff.
- 10 Vgl. Bettina Vollath: Das steirische Landesbudget: Keine neuen Schulden – Ziel erreicht?, in: Beatrix Karl u.a. (Hg.): Steirisches Jahrbuch für Politik 2014. Wien/Köln/Weimar 2015 (in Druck).
- 11 Siehe dazu und zum Folgenden: <http://www.verwaltung.steiermark.at/cms/ziel/74836278/DE/> (zuletzt eingesehen am 28. April 2015).
- 12 Die Expositur (Außenstelle der Bezirkshauptmannschaft) Bad Aussee wurde aufgelassen, während die Expositur Gröbming als einzige Expositur in ganz Österreich bestehen blieb.
- 13 Siehe dazu <http://www.gemeindestrukturreform.steiermark.at/> (zuletzt eingesehen am 28. April 2015).
- 14 Vgl. Katharina Holzmann: Umsetzung und Bestätigung der Steiermärkischen Gemeindestrukturreform, in: Beatrix Karl u.a. (Hg.): Steirisches Jahrbuch für Politik 2014. Wien/Köln/Weimar 2015 (in Druck).
- 15 Die Zeit, Ausgabe 7/2012.
- 16 Vgl. etwa Andreas Khol: MIGROKO vor dem Ende? Auf dem Weg in eine neue Republik, in: Andreas Khol u.a. (Hg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 2013. Wien/Köln/Weimar 2014, 3 ff., hier 11 f.
- 17 Vgl. schon Klaus Poier: Nationalratswahl 2013: Die österreichische Parteienlandschaft im Umbruch, in: Beatrix Karl u.a. (Hg.): Steirisches Jahrbuch für Politik 2013. Wien/Köln/Weimar 2014, 189 ff., hier 193.